

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 09/2012

19. Jahrgang

49. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 2012

Bündnisgrüne Einwände gegen neuen Standort der Weissen Flotte

Wieder keine Entscheidung



Seit sieben Jahren geht es hin und her, und man bewundert den Langmut der Weissen Flotte, sich nicht schon von Potsdam verabschiedet zu haben. Nachdem letztmalig im Juni 2010 die Stadtverordneten in einem Beschluss der Weissen Flotte den dauerhaften Verbleib im Hafen zugesichert und im September des selben Jahres einen Neubau direkt am Hotel Mercure in die Sanierungsziele des Lustgartens aufgenommen hatten, kam aber die Kunsthalle dazwischen. Also tat sich für einige kurzzeitig die Möglichkeit auf, die Plattner-Kunsthalle mit dem willkommenen Abriss des nicht nur die „Mitteschön“ störenden Mercure zu verbinden. Und die Weisse Flotte? Für diesen Zweck sollte der Neubau versetzt werden – in den südlichen Bereich des Hafens. Die Weisse Flotte plante also neu. Zum 5. Mal mittlerweile unterbreitet sie einen Vorschlag dafür, wie ihr Erweiterungsbau mit gläsernem Palmzelt und Küche, Lagerräumen, Ticketverkauf und Verwaltung aussehen soll. Einen Kompromiss bot sie mit ihrem

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2013.

Vorschlag ebenfalls für Bündnis 90/Die Grünen an. In einem abgewinkelten Bau soll die Verwaltung parallel zur Bahnlinie gebaut werden. Palmzelt und Hafengegäude sollen aber auf dem südlichen Hafengelände zwischen Neptunbecken und Kaimauer gebaut werden. B90/Die Grünen wollten zuvor schon den gesamten Bau an die Bahnlinie verbannen.

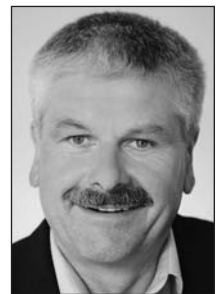
Die neue Planung, die mit dem Verwaltungsvorschlag zur Änderung der Sanierungsziele „Hafen/Neuer Lustgarten“ vorgelegt wurde, alarmierte Die Grünen: Ist der neue Vorschlag mit dem Ziel der Wiedergewinnung des Lustgartens vereinbar? Und was ist mit der Sichtachse zwischen Schloss und Neptunbrunnen? Das sollte vorher geklärt werden, meinte Saskia Hüneke.

Baubeigeordneter Matthias Klipp appellierte: Es habe sich gezeigt, dass die bauliche und räumliche Trennung von Mercure und Weisser Flotte notwendig ist. „Ein Hafengebäude gehört nun mal an den Hafen. Diese Entscheidung sind wir der Weissen Flotte nach sieben Jahren auch schuldig“, sagte er. „Für einen Bau am Bahndamm wird es keinen Bauherrn geben.“ Eine weitere Verzögerung durch die Überweisung in den Haupt- und den Bauausschuss konnten die Gegenstimmen der Fraktion der LINKEN nicht verhindern.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Seit 2007 drängt DIE LINKE auf eine dauerhafte Lösung für den Standort der Weissen Flotte an der Langen Brücke. Das ist praktische Wirtschaftsförderung, mit der ein wichtiges Aushängeschild für den Tourismus in Potsdam



stabilisiert und Arbeitsplätze gesichert werden. Die Diskussionen um einen Festbau anstelle des Palmenzeltes waren zäh und kontrovers. Insbesondere Grüne und CDU wollten die Flotte von ihrem jetzigen Standort verbannen, weil sie darin einen Widerspruch zur Rekonstruktion der historischen Mitte sehen. Die SPD fährt einen Schlingerkurs, mit dem sie bisher eine Entscheidung verhinderte. Schon 2007 lag ein von der Weissen Flotte mit der Verwaltung abgestimmter Gestaltungsvorschlag vor, der systematisch zerredet wurde. Auf einmal standen die Sanierungsziele für den Lustgarten im Widerspruch zum Bauvorhaben am Hafen. Unbefriedigende Zwischenberichte des Oberbürgermeisters, eine Vielzahl von Anfragen und Anträgen der LINKEN, verschiedene Standortvarianten und die Diskussion um das „Mercure“ prägten die vergangenen fünf Jahre. Jetzt liegt endlich eine machbare Lösung vor. Die Verwaltung hat mit zwei Vorlagen beantragt, die Weisse Flotte am Neptunbecken bauen zu lassen. Die Linksfraktion wollte die Vorlagen sofort beschließen, um eine erneute Verzögerung zu verhindern. Die SPD hat jedoch keinen inhaltlichen Meinungsaustausch zugelassen, sondern mit fadenscheinigen Argumenten einer Überweisung in die Ausschüsse zugestimmt. Wir fordern eine zügige Beratung und Beschlussfassung bis Ende Januar 2013.

Aber vorher wünsche ich Ihnen

ein frohes Weihnachtsfest,

Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Potsdam und seine Satzung zur Straßenreinigung

Nach der Kraftprobe zwischen SVV und OB stand die Straßenreinigungssatzung in der Dezembersitzung der SVV wiederholt auf der Tagesordnung. In der Novembersitzung kam sie auf die Konsensliste und wurde mehrheitlich in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen.



Die Straßenreinigung dient der Sauberhaltung des öffentlichen Raumes und soll so effizient wie möglich durchgeführt werden, damit die Potsdamer Einwohner sowie die Touristen zufrieden sind und sich wohlfühlen können. Dabei sollten bisher gewonnene Erfahrungen genutzt und evtl. verbessert werden sowie der Leistungsumfang der STEP kontinuierlich fortgeschrieben und das Vertrauen der Bürger gewahrt werden.

Nun sieht die Satzung eine Systematik vor, die sich in sechs Reinigungsklassen gliedert und lt. Verwaltung bestens geeignet ist, dem Anliegen der Bürger Potsdams im Hinblick auf eine saubere Stadt zu entsprechen. Ist das wirklich so? So wurden 109 Straßen, die bisher durch die STEP gereinigt wurden, aus dem Reinigungssystem heraus genommen und sollen dann ab 2014 durch die Bürger selbst gereinigt werden.

Die betreffenden Bürger wurden bisher nicht gefragt! Für sie wird es eine echte Überraschung werden und für manchen sicher keine positive.

Im nächsten Jahr erhalten sie dazu Post von der Verwaltung. Aber nur wenn mehr als 67 % antworten und die Beibehaltung der Reinigung einfordern, bleibt sie ab 2014 wie bisher erhalten.

Treffen Sie also Ihre Entscheidung und antworten Sie, denn nur so können Sie Einfluss nehmen.

Daran wird schon ersichtlich, dass das Kapitel Straßenreinigungssatzung noch lange ein Thema in unserer Stadt bleiben wird.

Gudrun Hofmeister
Mitglied im Ausschuss für Klima, Ordnung,
Umwelt und Landwirtschaft

Masterplan für Potsdamer Norden

Einen Masterplan für den Potsdamer Norden soll der Oberbürgermeister im September 2013 als Entwurf vorlegen. Dieser Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich beschlossen. Dabei sind die Bewohner der Ortsteile und Wohngebiete, die Ortsbeiräte und Bürgerinitiativen einzubeziehen. Es geht um die komplexe Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im Norden der Landeshauptstadt, denn es ist absehbar, dass es hier einen enormen Zuwachs an Einwohnern geben wird.

Ausgabestelle der Potsdamer Tafel

Nach der Schließung der Ausgabestelle Am Schlaatz sollten mit einem Antrag der LINKEN so schnell wie möglich andere Räumlichkeiten für die Ausgabe an bedürftige Menschen gefunden werden. Nachdem die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger mitgeteilt hatte, dass die Potsdamer Tafel mit dem Vorschlag einverstanden ist, die Drewitzer Straße 22 als Lager und Ausgabestelle zu nutzen und der 1. Februar 2013 als Eröffnungstermin vereinbart ist, wurde der Antrag als erledigt erklärt.



Abgelehnt

Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH

Die Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH als gemeinsame Tochtergesellschaft des Potsdamer Klinikums Ernst von Bergmann und des Städtischen Klinikums Brandenburg zur gemeinsamen Versorgung in der Kinder- und Jugendmedizin in der Landeshauptstadt und dem Versorgungsgebiet Havelland-Fläming ist unumstritten. Dazu soll aus beiden Kinder- und Jugendkliniken eine gemeinsame GmbH gebildet werden.

Um die bisherige Bezahlung der in die Tochtergesellschaft übergehenden Mitarbeiter des Klinikums Ernst von Bergmann zu gewährleisten, hatte die LINKE einen Ergänzungsantrag eingebracht, mit dem die Beschäftigten des KEvB erst nach erfolgreichem Abschluss eines Überleitungsvertrages in die neu gegründete Tochtergesellschaft übergehen werden. Dieser Antrag der LINKEN und ein ähnlicher der Anderen wurde abgelehnt, obwohl Dr. Sigrid Müller in der Diskussion noch einmal betont hatte, dass der Betriebsrat des KEvB gebeten hat, erst

Abschaffung der Trägerkarte für das Azubi-/Schülerticket der ViP

Mehrheitlich beschlossen wurde ein Auftrag an den Oberbürgermeister zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die bisher erforderliche Trägerkarte bei Monatskarten für Auszubildende und Schüler in Potsdam zum nächsten Schuljahr abgeschafft werden kann. Die Potsdamer Schüler müssen neben dem Personalausweis, dem Schülerschein und der Fahrkarte auch die Trägerkarte mit sich führen. Da diese nur nach Vorlage des Schülerscheines ausgestellt wird, ergibt sich keine höhere Legitimation für die Berechtigung einer Schüler-Monatskarte. Es könnte Arbeits- und Personalaufwand bei der ViP gesenkt werden, so Jana Schulze, die den Antrag begründete. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2013 über das Ergebnis zu informieren.

Büroraum für gewählte Bürgervertretung in Drewitz

Die LINKE hatte beantragt, der Bürgervertretung in Drewitz in Abstimmung mit der Pro Potsdam Büroräumlichkeiten für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Unabhängigen Mieterberatung der Pro Potsdam in Drewitz habe inzwischen ihre Bereitschaft erklärt, einen ihrer Räume der gewählten Bürgervertretung für deren Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, teilte Baubeigeordneter Matthias Klipp mit. Die Bürgervertretung habe die Räume besichtigt und für gut befunden. Damit sei das Problem gelöst, schätzte auch Hans-Jürgen Scharfenberg ein.

einen Überleitungsvertrag zu vereinbaren, ehe die Mitarbeiter in die neue Gesellschaft übergehen.

Die beschlossene Fassung belässt es bei dem Auftrag an das KEvB, einen Überleitungsvertrag zu verhandeln, in dem die bisher geltenden Tarifverträge so lange bestehen, bis die neue Gesellschaft einen eigenen Tarifvertrag abschließt.

Standpunkt zur Verwaltungsreform

Die anderen Fraktionen machen sich offensichtlich noch keine Gedanken über die absehbare Weiterführung der Verwaltungsreform, obwohl die Landes-SPD bereits laut darüber nachdenkt, so Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Ein Antrag der LINKEN, sich einen Standpunkt der Landeshauptstadt zu erarbeiten, eine Arbeitsgruppe zu bilden, auch Vertreter des Landkreises Potsdam-Mittelmark einzuladen, war bereits im Hauptausschuss ohne Begründung abgelehnt worden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte ebenfalls keine Meinung und lehnte den Antrag ab.

Alte Post kein Mitte-Leitbau

Die Pro Potsdam soll es nun selbst in die Hand nehmen. Seit zwei Jahren gibt es eine Baugrube mitten in der Stadt. Nach dem heftig umstrittenen Abriss des achtstöckigen Baus „Haus des Reisens“ aus den 60er Jahren, das immerhin 30 erschwingliche Wohnungen beherbergte, war weitgehend Ruhe eingeleitet über der abgerissenen Ecke. Zwei Jahre lang lief die Ausschreibung der Pro Potsdam für das Baugrundstück, auf dem zuletzt das Haus des Reisens, zuvor die Alte Post gestanden hatte – ohne greifbares Ergebnis. Die LINKE hat nun einen Antrag eingebracht, den Ausschreibungsbeschluss aufzuheben und die Pro Potsdam zu beauftragen, das Grundstück selbst zu entwickeln. Einen Tag später reichten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP einen Antrag ein, dass das Gebäude „als Leitfassade nach Georg Christian Unger errichtet wird“.

„Der Antrag ist ein typisches Beispiel dafür, dass einige nicht gewillt sind, eine Grenze zu ziehen, wie weit man mit der Gestaltung der historischen Mitte

gehen kann“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg. Es biete sich an, hier – gegenüber der Stadt- und Landbibliothek – den Übergang zu schaffen für neue Architekturformen an einem exponierten Platz in der Innenstadt.

Vehement wandte sich auch der Baubeigeordnete Matthias Klipp dagegen, die Alte Post zu einem weiteren Leitbau der historischen Mitte zu erheben. „Das Leitbautenkonzept beschränkt sich auf den Alten Markt“, sagte er.

Nach langer Diskussion und der Mitwirkung externer Fachleute sei das Konzept beschlossen worden, das jetzt nicht einfach um einen weiteren Bau erweitert werden könne. Dass die Alte Post nicht einbezogen war, liege auch daran, dass es keine „Befundlage“, also keine Unterlagen bis auf ein einziges Foto gebe.



Foto: Pro Potsdam

Standort Theaterschiff

Das Theaterschiff soll an der Alten Fahrt (möglicherweise auch ein Stück versetzt) bleiben, besagt ein Antrag der LINKEN, den Dr. Karin Schröter einbrachte. Die bau- und emissionschutzrechtlichen Voraussetzungen seien zu schaffen und entsprechende Gespräche mit den Anrainern zu führen. Nachdem die zuständige Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski in der vorigen SVV bereits eine dahingehende Frage beantwortet hatte, teilte der Oberbürgermeister diesmal mit, dass man sich noch in „intensiver Prüfung“ befinde. Das

Ergebnis werde noch im Dezember mitgeteilt. Entscheiden soll der Hauptausschuss.

Nachhaltiger sozialer Wohnungsbau

In den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen wurde der Antrag der LINKEN überwiesen, der neue Möglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau erschließen soll. Die LINKE möchte einen Überblick haben, welche Modelle zur öffentlichen Förderung von Wohnungsneubau in Deutschland und der EU angewandt werden und welche Finanzierungsstrategien sich in welcher

Die Pro Potsdam habe bereits einen Vorschlag, der sich an die ursprüngliche Fassade anlehnt, einen „so genannten Modernen Unger“ (Foto oben) erarbeitet. Das Thema soll nun im Hauptausschuss und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen behandelt werden.

Höhe auf das Mietniveau auswirken. Stefan Wollenberg begründete den Antrag, den Baubeigeordnete Matthias Klipp aber abzuwehren versuchte: Dies sei von der Verwaltung nicht leistbar, externe Gutachter wären nötig, denn die EU-weiten verschiedenen Modelle seien immer an konkrete nationale Ausgangsbedingungen gebunden. Angesichts des immensen Drucks auf den Potsdamer Wohnungsmarkt sollten aber alle Chancen genutzt werden, sich über verschiedene Möglichkeiten zu informieren, die bereits praktiziert werden, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg. Der Bauausschuss wird das Thema nun beraten.

Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

Nutzung der Sporthalle Marienschule für Sportvereine?

Mit dem Neubau der Sporthalle der Marienschule war vereinbart worden, dass auch die Sportvereine, die die alte Halle genutzt hatten, auch die neue Halle nutzen können. Bisher dürften die Sportvereine aber nicht in die Halle. So war es Hans-Jürgen Scharfenberg vonseiten der Vereine übermittelt worden. Die Beigeordnete Iris Jana Magdowski erklärte, dass die Sportvereine noch in diesem Jahr in die Halle dürfen. Nach Einweisung in die Bedienung der Alarmanlage erfolge die Schlüsselübergabe.

Beachvolleyballanlage am Brauhausberg?

Im Zusammenhang mit der Gestaltung des Brauhausberges sei ihm der Vorschlag übermittelt worden, die Schwimmhalle am Brauhausberg nach Fertigstellung des neuen Bades als Beachvolleyballhalle zu nutzen, führt Hans-Jürgen Scharfenberg aus. Welche Möglichkeiten gebe es dafür, wollte er wissen. Iris Jana Magdowski bestätigte bereits geführte Gespräche, verwies aber auf eine notwendige Plausibilitäts- und Mach-

barkeitsprüfung, machte aber schon darauf aufmerksam, dass dann die Frage der Finanzierung anstehe. Ob sie denn einen Bedarf anerkenne, wollte Scharfenberg weiter wissen. Den gebe es wohl, antwortete die zuständige Beigeordnete.

Durchwegung im Schäferfeld

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit einem Beschluss dafür eingesetzt, dass eine traditionelle Durchwegung im Schäferfeld, trotz der Proteste von zwei Anliegern, geöffnet bleibt. Zwischenzeitlich sei dieser Weg geschlossen worden. Wann wird er wieder geöffnet, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Burkhard Exner führte aus, dass es bisher kein öffentliches Wegerecht für den Weg gebe, demzufolge konnte der Weg geschlossen werden. Man überlege nun, über einen Grundstücksaustausch einen öffentlichen Weg zu realisieren. Dazu ist ein Verkehrswertgutachten in Arbeit.

Matrosenstation „Kongsnaes“

Nach langer Diskussion schienen die Weichen für den Wiederaufbau der Matrosenstation gestellt. Wie ist der Stand im Verfahren, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Noch in diesem Jahr sei mit der Baugenehmigung auf der Wasserseite der Matrosenstation zu rechnen, teilte Baubeigeordnete Matthias Klipp mit. Diese Baugenehmigung sei außerordentlich komplex, und die Verwaltung müsse sie „vor dem Eindruck der angekündigten Klagen von Anwohnern extern abklopfen lassen“.

Baugenehmigung für Kaufhalle Schilfhof?

Für die zügige Umsetzung des Baus einer neuen Kaufhalle am Schilfhof sollte die Verwaltung das Baugenehmigungsverfahren vorrangig behandeln, hatten die Stadtverordneten im Juni beschlossen. Wann ist mit der Baugenehmigung zu rechnen, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Der Baubeigeordnete Matthias Klipp erläuterte, dass nach „marginalen Änderungen“ in den Unterlagen eine positive Stellungnahme der Verwaltung zu erwarten sei. Die Baugenehmigung werde noch im Dezember erteilt, er werde sie vor Ort selbst überreichen. Auf weitere Nachfrage von Scharfenberg sagte er, es sei zügig gearbeitet worden, man habe kein beschleunigtes Verfahren gebraucht. Wie schnell dann gebaut wird, liege am Investor.



**Sitzungen der
Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung
Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn
jeweils 18 Uhr
07.; 14.; 21. und 28. Januar 2013;
11. und 18. Februar 2013 (04. –
10.02.2013 Winterferien)

**50. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung**
Stadthaus, Plenarsaal
30. Januar 2013, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen
„Rathausreport live“**
Club 91, Kastanienallee 22d, Stadt-
teil Potsdam West
03. Februar 2013, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 1/2013**
Stadthaus, Raum 3.107
08. bis 13. Februar 2013 (außer
Sa. und So.)
Sie haben auch die Möglichkeit,
den Rathausreport an den Info-
Ständen der Fraktion DIE LINKE
in den Stadtteilen zu bekommen.

**Bürgersprechstunde
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
(MdL) und Fraktionsvorsitzen-
der**
am Mittwoch, 16. Januar 2013, 17
Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße
37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich
unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail:
wkbscharfenberg@aol.com

Erfolge linker Stadtpolitik vorgestellt



Vorweihnachtlich „Schnee satt“ war angesagt am 9. Dezember zum Frühschoppen „Rathausreport live“ im „Haus der Begegnung“ in der Waldstadt II. Und LINKEN-Stadtfraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg kam in der Vorweihnachtszeit quasi „mit Geschenken“ – mit konkreten Ergebnissen linker, bürger-naher Stadtpolitik also – zum traditionellen Frühschoppen.

So wird das Kaufhallen-Gerangel in der Waldstadt II demnächst ein Ende haben. Gleich neben dem Frühschoppendomizil wird die Firma Semmelhaack im Frühjahr 2013 die Baugenehmigung erhalten und an der Stelle des alten EDEKA-Marktes (geschlossen Herbst 2011) sein fünfstöckiges Wohnhaus bis 2014 hochziehen. Im Erdgeschoss wird ein von Bürgerbewegten geforderter Supermarkt (540 Quadratmeter) einziehen. Scharfenberg brachte sein Unverständnis zum Ausdruck, dass die Stadtspitze sich nicht viel um einen Ersatz der alten Halle gekümmert hatte. In mühevoller Kleinarbeit hat das DIE LINKE letztlich gepackt.

Ein weiteres „Geschenk“, das Scharfenberg mitbrachte, war speziell für die Schlaatzer:

Eine neue Kaufhalle soll nun endlich im Zentrum des Wohngebietes gebaut werden. Auch hier hatte DIE LINKE stets den Finger am Drücker. So konnte Scharfenberg vermelden, dass noch in diesem Jahr die Baugenehmigung erteilt werden soll. Dann kann die alte Halle abgerissen werden und schließlich der Bau im Frühjahr 2013 beginnen. Eröffnung soll dann im Herbst 2013 sein – Zustimmung und Freude bei den Anwesenden auf dem Frühschoppen. Und als drittes Ergebnis linker Stadtpolitik wies der Fraktionsvorsitzende darauf hin, dass im Frühjahr 2013 die „Potsdamer Tafel“ im ehemaligen Getränkemarkt in der Drewitzer Straße sein neues Domizil eröffnen wird.

Letztlich nutzte Clemens Viehweg (im Foto r.) vom Fußballverein „Turbine“ den Frühschoppen, um die Aktivitäten seines Vereines im Breitensport vorzustellen. Der Verein will den alten Schotterplatz im „Sportforum Waldstadt“ mit Kunstrasen umgestalten und warb dafür um Unterstützung. „Wir haben im Bürgerhaushalt immerhin Platz 8 erreicht“, betonte Viehweg stolz. Und Hans-Jürgen Scharfenberg sicherte die Hilfe der Linkspartei-Fraktion zu.

bm

Jahres-Abo Rathausreport:

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den „Rathausreport“ abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende für das Jahr 2013 für 8 Ausgaben 8 Briefmarken à 0,60 € an die Fraktion.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam